

Neues Kraftwerk bringt neue Tagebaugebiete

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren das Vorhaben der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft (Mibrag), die Braunkohleverstromung weiter auszubauen. "Unter dem Vorwand, alte Kraftwerke durch neue emissionsärmere zu ersetzen, sollen in Wirklichkeit die Kapazitäten ausgebaut werden - und das gleich um etwa das Vierfache", so Dorothea Frederking, Mitglied im Landesvorstand. Willfähriger Unterstützer sei Bundesminister Gabriel, der, EU-Vorgaben ignorierend, Bevorzungen bei den Verschmutzungsrechten für die Mibrag verspricht. Frederking: "Das ist unverantwortlich."

Die drei Mibrag-Industriekraftwerke Deuben, Mumsdorf und Wühlitz haben zusammen eine Leistung von 170 MW und liefern vorrangig die Energie für die Tagebaue Vereinigtes Schleenhain (Sachsen) und Profen (Sachsen-Anhalt). Nun soll ein neues Kraftwerk mit 660 MW am heutigen Tagebau Profen entstehen. "Zwangsläufig bedeutet dies den Aufschluss weiterer Tagebaugebiete. Landschaft und Lebensraum gehen zugunsten des Mibrag-Konzerns verloren", so Frederking.

Bundesumweltminister Gabriel dürfte bekannt sein, dass Braunkohleverstromung die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung überhaupt sei. Pro Kilowattstunde Strom entstünden durchschnittlich 950 Gramm Kohlendioxid – im Vergleich dazu liege der Emissionswert für ein Gaskraftwerk bei 365 g CO₂/kWh. "Der Strom muss so klimafreundlich wie möglich erzeugt werden", so Frederking. Von diesem Prinzip dürfe gerade auch Bundesumweltminister Gabriel nicht abweichen. Frederking: "Er riskiert die Verfehlung der EU-weiten Klimaschutzziele."

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, auf zukunftsfähige Energieversorgung zu setzen, statt bestehende Strukturen zu zementieren. "Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Durchsetzung einer konsequenten Senkung des Energieverbrauches." Hier liege auch zukunftsfähiges Arbeitsplätzepotenzial. Zum Vergleich: Die Mibrag hat im mitteldeutschen Raum etwa 2.600 Mitarbeiter. Im Bereich erneuerbare Energien arbeiten derzeit allein in Sachsen-Anhalt über 9.000 Menschen - Tendenz steigend.